

06.425

**Parlamentarische Initiative
SPK-NR.
Presseförderung
mittels Beteiligung
an den Verteilungskosten
Initiative parlementaire
CIP-CN.
Encouragement de la presse
par une participation
aux frais de distribution**

Differenzen – Divergences

Einreichungsdatum 23.02.06

Date de dépôt 23.02.06

Bericht SPK-NR 15.02.07 (BBI 2007 1589)

Rapport CIP-CN 15.02.07 (FF 2007 1497)

Stellungnahme des Bundesrates 28.02.07 (BBI 2007 2547)

Avis du Conseil fédéral 28.02.07 (FF 2007 2399)

Nationalrat/Conseil national 22.03.07 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 11.06.07 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 12.06.07 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 18.06.07 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 19.06.07 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 20.06.07 (Differenzen – Divergences)

Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 21.06.07

Nationalrat/Conseil national 21.06.07 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 21.06.07 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 22.06.07 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 22.06.07 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBI 2007 4539)

Texte de l'acte législatif (FF 2007 4309)

Postgesetz (Beförderung von abonnierten Zeitungen und Zeitschriften)

Loi fédérale sur la poste (Transport de journaux et de périodiques en abonnement)

Art. 15 Abs. 6, 7

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 15 al. 6, 7

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Ziff. II Abs. 1bis, 2

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. II al. 1bis, 2

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil national

Heberlein Trix (RL, ZH), für die Kommission: Die Einigungskonferenz hat heute Morgen vollzählig getagt und stellt Ihnen folgenden Einigungsantrag, der im Übrigen im Nationalrat bereits genehmigt worden ist.

In der Hauptsache, bei Artikel 15 des Postgesetzes, obsiegte die Version des Ständerates mit 18 zu 6 Stimmen über jene des Nationalrates. Die Regional- und Lokalpresse mit Auflagen bis 40 000 Exemplare erhält also 20 Millionen und nicht 40 Millionen Franken jährlich, wie das der Nationalrat ursprünglich beschlossen hat. Die Mitgliedschaftspresse erhält 10 Millionen und nicht 20 Millionen Franken, wie dies der Nationalrat vorsah. Neue Gesichtspunkte sind in der Einigungskonferenz nicht aufgetaucht. Pro und Kontra beider Lösungen sind seit den früheren Beratungen aus diesen Räten hinlänglich bekannt, und ich möchte sie nicht wiederholen.

Die Ausgabenbremse für diese Beträge wurde bereits in den ersten Beratungen beider Räte gelöst, im Nationalrat am 22. März 2007 und im Ständerat am 11. Juni 2007.

Was die Befristung der Subventionstatbestände in den Schlussbestimmungen betrifft, so obsiegte hier die nationalrätliche Fassung über die ständerätliche mit 12 zu 10 Stimmen. Die 20 Millionen Franken für die Regional- und Lokalpresse werden somit nicht befristet. Die 10 Millionen Franken für die Mitgliedschaftspresse werden Ende 2011 auslaufen. Die Bedeutung dieser Befristung ist allerdings gering; es steht ja eine Totalrevision des Postgesetzes bevor. Ob die vorliegende Teilrevision des Postgesetzes nun befristet wird oder nicht – so oder so wird sie mit Inkrafttreten des totalrevidierten Postgesetzes durch eine neue Regelung abgelöst werden.

Ich beantrage Ihnen daher, dem Antrag der Einigungskonferenz zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

06.062

**Schweizerische Zivilprozessordnung
Code de procédure civile suisse**

Fortsetzung – Suite

Botschaft des Bundesrates 28.06.06 (BBI 2006 7221)

Message du Conseil fédéral 28.06.06 (FF 2006 6841)

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.07 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 21.06.07 (Fortsetzung – Suite)

**Schweizerische Zivilprozessordnung
Code de procédure civile suisse**

Art. 253

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Bei Artikel 253 geht es um den Rechtsschutz in klaren Fällen, das heisst, wenn der Sachverhalt entweder unbestritten oder sofort beweisbar, mit anderen Worten liquid ist und wenn bezüglich der Rechtsfolgen klares Recht vorliegt. In den heutigen Prozessordnungen wird dieses Verfahren vielfach als «Befehlsverfahren» bezeichnet. Es stellte sich daher die Frage, ob wir diesen Begriff nicht auch in der Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO) verwenden sollten. Man hat dann aber von diesem Begriff abgesehen, weil er insbesondere in der Romandie nicht bekannt ist. Daher sind wir in der Kommission der Auffassung, dass der Begriff «Rechtsschutz in klaren Fällen» den Sachverhalt, um den es hier geht, anschaulicher zum Ausdruck bringt.

Herr Vizepräsident, die nächste Bemerkung habe ich dann bei Artikel 266.

Angenommen – Adopté

Art. 254–265

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 266

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates